

Arbeit des Umweltverbands HET



Am 22. September 2013 stimmte beim [Volksentscheid UNSER HAMBURG – UNSER NETZ](#) eine Mehrheit der Hamburger Bürgerinnen und Bürger für eine vollständige Rekommunalisierung der Energienetze in Hamburg. Der **Hamburger Energietisch e.V. (HET)** entstand aus Anlass dieses Volksentscheids. Schwerpunkte seiner Arbeit in den vergangenen neun Jahren werden hier kurz beschrieben.

Hamburger Energietisch (HET) als Umweltverband

Der HET versteht sich als **Umweltverband** zur Begleitung der vollständigen politischen und praktischen Umsetzung des erfolgreichen Volksentscheids zur **Rekommunalisierung der Hamburger Energienetze**. Er setzt sich insbesondere für die Erfüllung des 2. Satzes des Abstimmungstextes durch die zuständigen politischen Gremium und die beteiligten städtischen Unternehmen ein: *„Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“* Der HET versteht die Umsetzung dieses durch den Volksentscheid verbindlich vorgegebenen Zieles als wichtigen Bestandteil der Transformation des Hamburger Energiesystems.

Der HET verfolgt seine Ziele

- durch das Schaffen eines Diskussionsforums,
- durch Erstellen und Verbreiten wissenschaftlicher Analysen,
- durch Medienarbeit, mit der Probleme und Lösungsvorschläge einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen,
- durch öffentliche Aktionen und Veranstaltungen und
- durch Zusammenarbeit mit anderen Umweltinitiativen, mit Wissenschaftler:innen und Expert:innen und anderen, die gleiche Ziele verfolgen.

Am 9. Juni 2020 wurde der HET mit einem Schreiben des Umweltbundesamts (UmwRG Anerkennungsstelle Umweltrechtsbehelfsgesetz) als **Umweltvereinigung anerkannt**. Er erhielt damit Mitwirkungs- und Klagerechte einer anerkannten Umweltvereinigung sowie die Anerkennung zur Einlegung von Rechtsbehelfen nach dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz gemäß § 3 UmwRG. Diese Anerkennung wurde bisher mit Geltung in den Bundesländern Hamburg und Schleswig-Holstein ausgesprochen.

Hamburger Energieversorgungs-Unternehmen

Die Unternehmen [Stromnetz Hamburg GmbH](#), [Gasnetz Hamburg GmbH](#) und [Wärme Hamburg](#), nach einer Fusion mit [Hamburg Energie](#) jetzt [Hamburger Energiewerke GmbH](#), wurden seit dem Netze-Volksentscheid von der Stadt Hamburg zurückgekauft.

Besonders umstritten war die Frage des [Rückkaufs des Hamburger Fernwärmesystems](#). Unter anderem organisierte der HET zur Unterstützung am 21. 9.2018 eine [Menschenkette](#) von der Vattenfall-Zentrale zum Hamburger Rathaus.



Stromnetz Hamburg

Das Unternehmen [Stromnetz Hamburg](#) (SNH) hat nach dem Rückkauf von Vattenfall das Hamburger Stromnetz umfangreich erneuert. Das war notwendig, da der Vorbesitzer Vattenfall vorher zu wenig investiert hatte. Die erhöhten Investitionen wirkten sich aber natürlich auf die Höhe der Netzentgelte aus, verteuerten also den Strom für die Nutzer:innen.

Ein besonderes Augenmerk des HET gilt der Verringerung einer Freisetzung des sehr klimaschädlichen Isolierstoffes [Schwefelhexafluorid](#) (SF₆) in Schaltanlagen von SNH.

Künftig wird verstärkt darauf zu achten sein, dass sich keine Hemmnisse für den Anschluss von Solar- und Windstrom ergeben und dass SNH im ganzen Stadtgebiet ausreichend Strom für elektrische Wärmepumpen und für die Elektromobilität liefern kann.

Gasnetz Hamburg

Das Unternehmen [Gasnetz Hamburg](#) (GNH) ist als Betreiber des Hamburger Gasnetzes zuständig für die Verteilung von Gas an Haushalte, Gewerbe und Industrie in Hamburg. Entsprechend der [offiziellen Klimaschutz-Politik der Bundesregierung](#) muss fossiles Erdgas so rasch und vollständig wie möglich durch erneuerbaren Strom für Wärmepumpen und durch erneuerbare Fernwärme ersetzt werden. Das bedeutet, dass auch die Verteilung von Gas schnellstmöglich planmäßig reduziert werden muss – von geringfügigen Mengen an Biomethan abgesehen. Stillgelegte Gasleitungen können anderen Zwecken wie der Datenübermittlung mit Glasfasern zugeführt werden.

Ausgewählte Hamburger Industriebetriebe, die ihre Produktion nicht von fossilen Energieträgern auf elektrischen Strom umstellen können, sollen durch ein [eigenes Netz](#) mit grünem Wasserstoff versorgt werden, sobald nach 2025 genügend grüner Wasserstoff verfügbar ist.

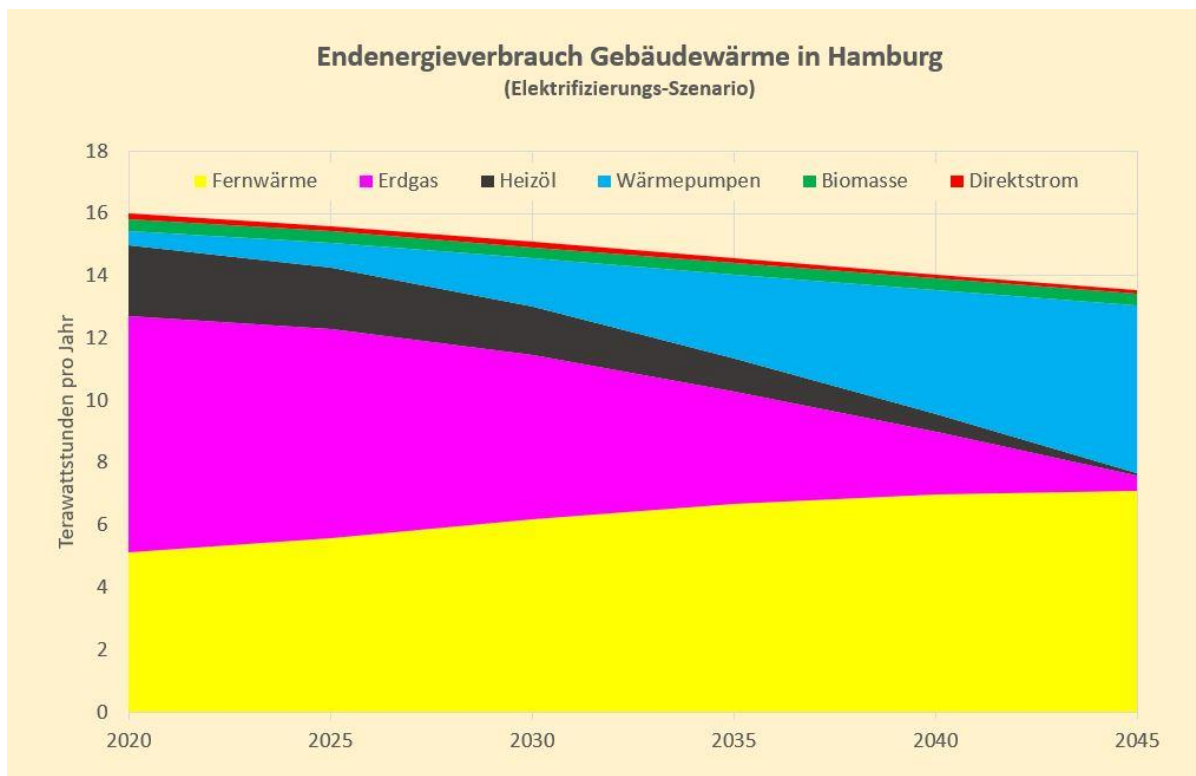
Gasnetz Hamburg weigert sich bisher, die politische Ausrichtung des Bundes zu unterstützen. GNH wirbt sogar [weiterhin](#) für [neue Gasheizungen](#). Das Unternehmen orientiert sich an den

Plänen der Gaslobby-Organisationen [DVGW](#), [Zukunft Gas](#) und [H2vorOrt](#) und will daher dem Hamburger Gasverteilnetz stufenweise immer mehr Wasserstoff beimischen. Am Ende soll in Hamburger Heizkesseln anstelle von fossilem Erdgas nur noch Wasserstoff und Biomethan verbrannt werden. Auch die Stadt Hamburg unterstützte bis Ende 2021 den [Umstieg von Öl-auf Gasheizungen](#) finanziell mit einem [Klimabonus](#).

Ab 2019 setzt sich der HET gegen diese öffentliche Förderung von fossilen Heizungen ein. Seit Oktober 2021 prangerte er die Pläne zur [Beimischung von Wasserstoff zum Erdgas](#) an und informierte über entsprechende [Anfragen](#) und [Anträge](#) in der Hamburger Bürgerschaft. Gemeinsam mit anderen [Hamburger Umweltverbänden](#) wandte er sich im April 2022 gegen die Wasserstoff-Beimischungspläne.

Trotz der gegenwärtigen **Erdgaskrise** und des vorherzusehenden Mangels an Erdgas ist ein **langandauernder Konflikt** zwischen dem Unternehmen GNH und den Hamburger Umweltverbänden vorherzusehen. Die Hamburger Bürgerschaft plädiert zwar für Fernwärme oder Wärmepumpen zur [Beheizung öffentlicher Gebäude](#), der Hamburger Senat ist aber offensichtlich an Gewinnen von GNH zur Refinanzierung des Rückkaufs des Unternehmens interessiert, sodass GNH seinen klimaschädlichen Kurs noch länger fortsetzen kann.

Heizen mit Wasserstoff wäre sehr energieaufwendig, klimapolitisch fragwürdig, teuer und nicht sozialverträglich. [Erdgas-Ausstieg in Hamburg](#), ein im Februar 2022 veröffentlichtes, ausführlich begründetes Szenario des HET zur Beendigung der Verbrennung von Kohle, Heizöl und Erdgas in Hamburg, zeigt, wie eine Wasserstoff-Beimischung vermieden werden kann.



Wärme Hamburg – Hamburger Energiewerke

Im Jahr 2008 sah sich eine grüne Umweltsenatorin gezwungen, Vattenfall ein riesiges **Steinkohle-Kraftwerk in Hamburg-Moorburg** mit einer Feuerungswärmeleistung von 3.500 Megawatt zu genehmigen. Ursprünglich sollte eine Auskopplung von maximal 650 MW Fernwärme die Wärmeerzeugung des Heizkraftwerks (HKW) Wedel ersetzen und einen weiteren Ausbau der Fernwärmeversorgung im Süden Hamburgs ermöglichen.

Die dafür nötige, die Elbe querende 12 km lange Fernwärmeleitung wurde jedoch nicht gebaut. Das Genehmigungsverfahren wurde nach breitem außerparlamentarischem Widerstand und nach einer Klage des BUND Hamburg und der Bürgerinitiative „Moorburgtrasse stoppen“ vom Obergericht Hamburg für ungültig erklärt. Aus Anlass der Volksinitiative zum [Rückkauf der Hamburger Energienetze](#) übernahm die Stadt Hamburg 25,1 Prozent an den Hamburger Energienetzen. Vattenfall verzichtete auf den Bau dieser „Moorburgtrasse“. Am 18. November 2015 weihte Hamburgs Erster Bürgermeister Scholz das Kraftwerk Moorburg offiziell ein.

Standort für den Ersatz des Heizkraftwerks Wedel

Anstelle der Moorburgtrasse sollte am bestehenden Kraftwerksstandort Wedel ein erdgasbetriebenes Gas-und-Dampf-Kombikraftwerk (GuD) errichtet werden. Dieses sollte nach seiner Inbetriebnahme zur Heizperiode 2016/17 mit einer elektrischen Leistung von 470 MW und einer thermischen Leistung von 400 MW das alte steinkohlenbefeuerte HKW ersetzen.

Durch die Stadt Hamburg und durch Vattenfall wurde zur Untermauerung ein Kostenvergleich zwischen den Standort-Alternativen Stellingener Moor und Wedel durchgeführt. Diese Wirtschaftlichkeitsberechnung wurde nicht veröffentlicht, jedoch ein von Hamburg in Auftrag gegebenes Plausibilitäts-Gutachten des arrhenius-Instituts. Dieses kam zum Ergebnis, dass der Standort Wedel gegenüber dem ebenfalls möglichen Standort Stellingener Moor zu Kostenersparnissen von mindestens 100 Mio. Euro führen würde. Dieses Gutachten wurde im Auftrag des HET in einer gutachterlichen Stellungnahme von Ederhof und Rabenstein widerlegt. Das [Überprüfungsgutachten](#) kam zum Ergebnis, dass ein GuD im Stellingener Moor um 160 Mio. Euro günstiger sein würde als ein GuD in Wedel.



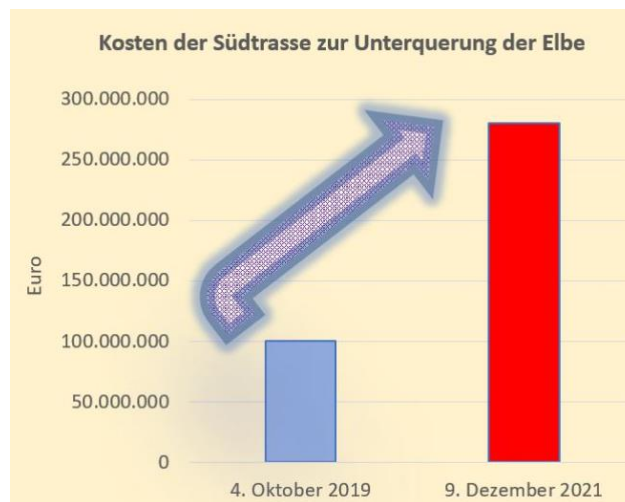
Beteiligung zum Ersatz des HKW Wedel

Nach dem Volksentscheid zum Rückkauf der Hamburger Energienetze (2013) wurde durch das Beratungsunternehmen BET ein „[Beteiligungsprozess Wedel](#)“ zur Beratung des Ersatzes des Steinkohle-HKW Wedel durchgeführt. Der an den Beratungen teilnehmende HET gab zum Abschluss eine [Erklärung](#) ab, die ein Ersatzkraftwerk in Wedel ablehnte und für den Standort Stellingener Moor plädierte.

Gegen die Pläne von Vattenfall, am Standort des HKW Wedel parallel zum laufenden Betrieb des Kohle-Kraftwerks ein neues leistungsstärkeres erdgasbefeuertes GuD-Kraftwerk zu errichten, bildete sich in Wedel eine Bürgerinitiative „[Stopp! Kein Mega-Kraftwerk Wedel](#)“.

Nach einem erneuten Eintritt der Grünen in die Hamburger Regierung im Jahr 2016 wurde ein **Energienetzbeirat** gegründet, in dem sich der HET mit zwei Sitzen für den Ersatz des HKW Wedel im Stellingener Moor einsetzte. Vor dem Rückkauf des Fernwärme-Unternehmens drängte Vattenfall nachdrücklich auf eine Anbindung des Kraftwerks Moorburg an die Hamburger Fernwärme durch eine örtlich verschobene Fernwärmetrasse nach Moorburg. Konsequenterweise wurde von Vattenfall der Standort Stellingener Moor für eine Ersatzanlage für das HKW Wedel abgelehnt.

Die Vattenfall gehörenden 74,9 Prozent des Fernwärme-Unternehmens [Wärme Hamburg](#) (WH) mit den zwei großen Steinkohle-Heizkraftwerken Wedel und Tiefstack wurden zum 1. Januar 2019 von Hamburg [zurückgekauft](#). Kurz zuvor hatten sich Vattenfall und der grüne Umweltsektor Kerstan auf ein GuD-Kraftwerk südlich der Elbe in Dradenau geeinigt. Damit auch auf den [Bau einer elbunterquerenden Fernwärmetrasse](#) in Richtung Moorburg („Elbtrasse“).



Einen ergebnisoffenen ökonomischen und ökologischen Vergleich zwischen den Standorten Stellingener Moor und Dradenau („Energiepark Hafen“) (zwischen „Nord- und Südvariante“) gab es nicht, obwohl Wärme Hamburg und die Umweltbehörde das nach wie vor behaupten. Die aus Anlass der Planfeststellung für die Elbtrasse von der Wärme Hamburg GmbH veröffentlichte [Darstellung](#) des Ablaufs der Entscheidung für den „Energiepark Hafen“ ist einseitig und in Teilen falsch. Das Fehlen eines solchen Vergleichs lässt sich anhand von Protokollen des Hamburger Energienetzbeirats belegen. Bereits Ende 2021 hat sich gezeigt, dass der „Energiepark Hafen“ [sehr teuer](#) werden wird.

Aus Sicht des HET sprach gegen Dradenau ein Aufwand von mindestens 200 Mio. Euro allein für den Trassenbau und die dadurch hervorgerufene Verlängerung der Laufzeit des maroden HKW Wedel. Die Umweltbehörde versprach dagegen die Nutzung von umfangreichen industriellen Wärmequellen südlich der Elbe. Diese ist allerdings über den schon zu Beginn angekündigten bescheidenen Anteil an Fernwärme kaum hinausgekommen. Die Nutzung von Wärme aus Abwasser-Wärmepumpen im städtischen Klärwerk Dradenau ist sehr teuer.

Vergleich von Nord- und Südvariante

Ökologische Eigenschaften

Konfiguration	Gesamter Anteil der erneuerbaren Wärme	spezifische CO ₂ -Emissionen (kg / MWh)
Südvariante	50 %	102
Nordvariante	57 %	77

Beschreibung der verglichenen Konfigurationen im Anhang des „Berichts“

Nordvariante offensichtlich vorteilhafter.

Mit nahezu CO₂-freier Müllwärme (BUE):

Konfiguration	Gesamter Anteil der erneuerbaren Wärme	spezifische CO ₂ -Emissionen (kg / MWh)
Südvariante	62 %	64
Nordvariante	64 %	59

Ökonomische Eigenschaften

Konfiguration	Investitionskosten für die Energieleitungen	Zusätzliche Wärmegestehungskosten der Nordvariante
Südvariante	140 Mio. €	-
Nordvariante	25 Mio. €	60 Mio. €

Wärmegestehungskosten von Multifuel-Heizwerk und Solarthermie der Nordvariante höher als von MVR-Müllwärme und von industrieller Abwärme

Nordvariante bei den gesamten Differenzkosten um 55 Mio. € vorteilhafter, wegen höherer Trassenkosten wahrscheinlich um mehr.

Eine vom HET am 29. November 2018 im Energienetzbeirat beantragte Arbeitsgruppe „Ausgestaltung der Ersatzlösung für das HKW Wedel“ kam in einem [Bericht](#) vom 18. April 2019 zum Ergebnis, dass der Ersatz des HKW Wedel im Stelling Moor [sowohl ökonomisch als auch ökologisch](#) einem Ersatz südlich der Elbe in Dradenau überlegen sei. Klimafreundliche Wärmequellen südlich der Elbe könnten dort auch ohne einen Elbtunnel genutzt werden.

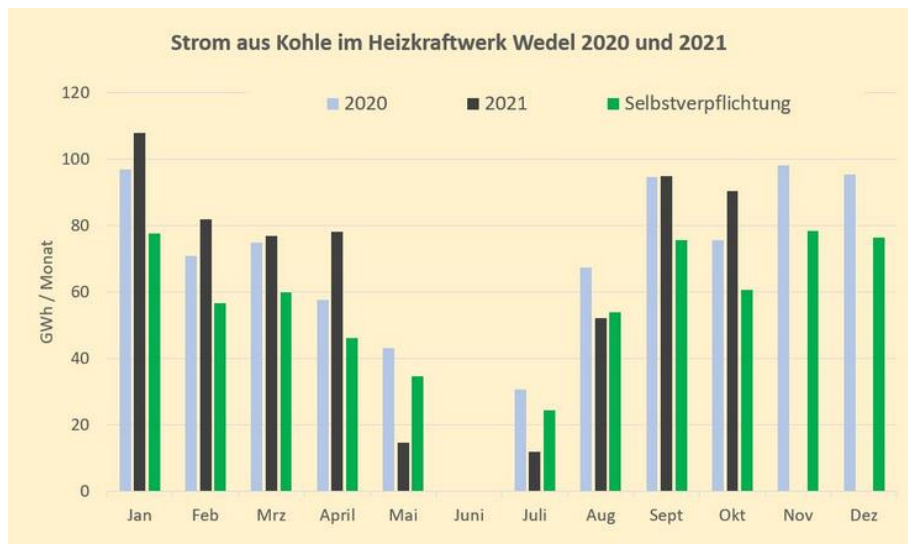


Gegen den Bau dieser Fernwärmetrasse setzte sich eine Bürgerinitiative in Hamburg Othmarschen, Groß Flottbek und Bahrenfeld „[Keine Elbtrasse!](#)“ zur Wehr, die auch vom HET unterstützt wurde. Neben einer Reihe öffentlicher Veranstaltungen führte diese Bürgerinitiative eine [Petition](#) „Keine 200 Millionen Euro teure Fernwärmetrasse mit Elbunterquerung in Hamburg!“ durch. Gegen einen Planfeststellungsbeschluss zugunsten des Trassenbaus am 19. Oktober 2021 ging die Bürgerinitiative nicht gerichtlich vor.

Heizkraftwerk Wedel – ätzende Partikel und gebrochene Selbstverpflichtung

Das sehr alte Heizkraftwerks Wedel schleudert seit Jahren giftige und ätzende Partikel auf die angrenzenden Wohngebiete. Die Bürgerinitiative in Wedel „Stopp! Kein Mega-Kraftwerk Wedel“ setzte sich seit vielen Jahren dagegen zur Wehr. Die Übernahme des HKW Wedel durch Hamburg verbesserte die Situation kaum. Wie zuvor Vattenfall lehnte auch der Hamburger Senat sogar eine [Sommerpause](#), in der keine Fernwärme aus diesem HKW gebraucht wird, ab und verwickelte die Bürgerinitiative in lang andauernde teure Rechtsstreitigkeiten.

Die Wedeler Bürgerinitiative wurde von den Hamburger Umweltorganisationen einheitlich [unterstützt](#). Zuletzt versprach das Unternehmen Wärme Hamburg mit einer [Selbstverpflichtung](#), den Einsatz von Steinkohle im HKW Wedel [stufenweise zu reduzieren](#). Der HET deckte frühzeitig auf, dass es sich bei dieser [Selbstverpflichtung](#) um eine [Nebelkerze handelte](#), die die Bürgerinitiative und die Hamburger Umweltverbände verträsten und hinhalten sollte, also um eine [Irreführung der Öffentlichkeit](#).



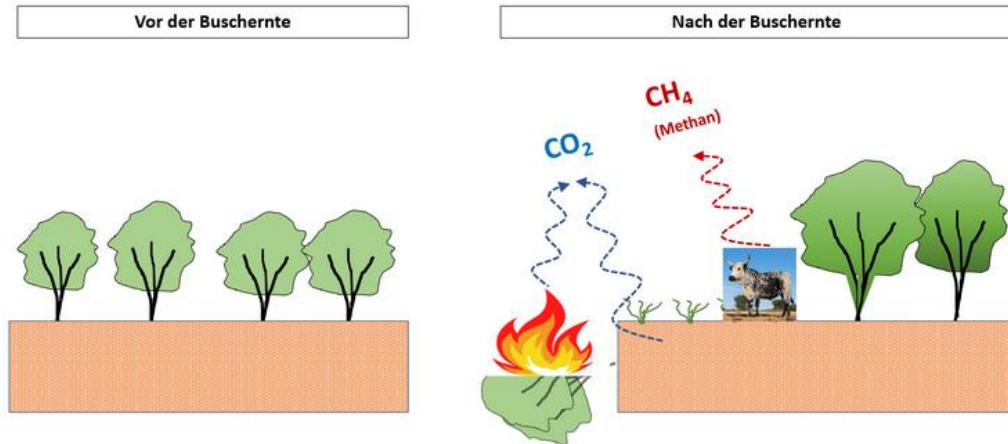
Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine seit Februar 2022 führte dann dazu, dass das HKW Wedel verstärkt zur Stromerzeugung eingesetzt werden sollte, unter anderem, um Erdgas im Gas- und Dampfkraftwerk Tiefstack einzusparen. Die Selbstverpflichtung hatte sich damit „erledigt“.

Strom und Fernwärme durch Verbrennung von importiertem Buschholz aus Namibia?

Im April 2020 machte der HET mit der Veröffentlichung eines bis dahin geheim gehaltenen [Dossiers](#) vom April 2019 bekannt, dass die Hamburger Umweltbehörde (BUKEA) seit eineinhalb Jahren auf Anregung der [Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit](#) (GIZ) in Zusammenarbeit mit dem [Institut für angewandtes Stoffstrommanagement](#) (IfaS) an der Hochschule Trier prüfte, **Buschholz aus Namibia** in Hamburg anstelle von Steinkohle zu verbrennen. Die erhoffte Biomasse-Partnerschaft Hamburg - Namibia wurde von der GIZ und vom IfaS vorangetrieben. Die BUKEA betonte, es gehe ihr um eine „ergebnisoffene“ Prüfung.

Die Umweltbehörde BUKEA und das Fernwärme-Unternehmen Wärme Hamburg GmbH unterzeichneten am 2. Juni 2020 ein **Memorandum of Understanding** (MoU) für den Import

großer Mengen von Buschholz aus Namibia zum Zweck einer energetischen Verwertung beispielsweise im Heizkraftwerk Tiefstack.



Gemäß diesem MoU wurde das Projekt Biomasse-Partnerschaft (BCBU) vorangetrieben – in drei nicht öffentlich tagenden Arbeitsgruppen, an denen keine Vertreter:innen von anerkannten Umweltverbänden, sondern von der BUKEA handverlesene [Personen aus der Volksinitiative „Tschüss Kohle“](#) beteiligt wurden. Die BUKEA veröffentlichte Anfang November 2020 einen [Internetauftritt](#) zu diesem Projekt, in dem sie „regelmäßig“ über die Evaluierung der geplanten Biomassepartnerschaft Hamburg – Namibia informieren wollte. Für die öffentliche Werbung zur Buschholz-Nutzung unter anderem durch Videokonferenzen der beteiligten Vertrauensleute der Volksinitiative „Tschüss Kohle“ wurden von der BUKEA [mehr als 11.000 Euro](#) Steuergeld ausgegeben.



Im Verlauf einer umfangreichen öffentlichen [Debatte](#), ausgelöst durch die kritische Aufklärung des HET, wandten sich zahlreiche Umweltorganisationen in einer [Gemeinsamen Stellungnahme](#) vom 9. Oktober 2020 gegen dieses Projekt. Am 18. Februar 2021 erschien ein [Offener Brief](#) an den für die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Bundesminister Müller, der von

40 deutschen und internationalen Organisationen unterzeichnet worden war. Der Vorgang wurde dadurch überregional [bekannt](#), auch [international](#).

Ein vom HET beauftragtes, über hundert Seiten starkes [Gutachten](#) vom 29. März 2021 deckte [mehr als ein Dutzend](#), teilweise gravierende Fehler in Gutachten der [Forstberatung UniQUE](#) und des [IfaS](#) auf, auf die sich das Projekt stützte. Das [Umweltbundesamt](#) schloss sich diesem HET-Gutachten weitgehend an.

Ein von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in Auftrag gegebenes [Gutachten der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde](#) riet vom weiteren Verfolgen der Idee eines Buschholzimports aus Namibia „mit größtem Nachdruck“ ab. Einschlägige Interessenkonflikte von IfaS und UNIQUE wurden ausführlich in einer [Bürgerschaftsdrucksache](#) vom 11. Januar 2021 beschrieben.



Am 18. Mai 2021 setzte daraufhin die Umweltbehörde BUKEA den Prüfprozess für die Nutzung namibischer Busch-Biomasse bis auf Weiteres aus. Das städtische Unternehmen Wärme Hamburg sehe kurzfristig, in den nächsten zwei bis drei Jahren, keine Möglichkeit der Nutzung von relevanten Mengen an Busch-Biomasse. Sie kündigte an, einen Bericht zum aktuellen Stand des Prüfprozesses vorzubereiten, der im Spätsommer 2021 mit allen Beteiligten in den Arbeitsgruppen diskutiert werden sollte. Gemäß der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage in der Hamburger Bürgerschaft war jedoch im Mai 2022 noch kein [Bericht der BUKEA](#) zustande gebracht worden.

Transformation des Heizkraftwerks Tiefstack

Außer im HKW Wedel wird auch im HKW Tiefstack Steinkohle zur Erzeugung von Strom und Fernwärme verfeuert. Möglichst im Jahr 2028, spätestens aber 2030, soll nach einem Beschluss der Hamburger Bürgerschaft auch in diesem Kraftwerk der Ausstieg aus der Kohle erfolgen.

Zur Vorbereitung einer Ersatz-Konzeption wurde im Jahr 2020 ein so genannter „[Begleitprozess Tiefstack](#)“ eingerichtet. In diesen wurden von der Umweltbehörde die gleichen Personen um die Vertrauensleute der Volksinitiative „Tschüss Kohle“ berufen, die schon den geheim tagenden Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Projekts Biomasse-Partnerschaft Hamburg -

Namibia angehörten. Auch dieses „Beteiligungsgremium“ tagte geheim. Die Beteiligten hatten sich zur Vertraulichkeit verpflichtet. Das steht in klarem Widerspruch zum 2. Satz des Netze-Volksentscheids, in dem mit Gesetzeskraft eine demokratische Kontrolle gefordert wird. Die Umsetzung des Hamburger Netze-Volksentscheids wird durch das Ausscheren dieser aus der Volksinitiative „Tschüss Kohle“ abgespaltenen Gruppierung ernsthaft erschwert.

Angesichts dieser Vorgeschichte verwundert es nicht, dass als Ergebnis des „Begleitprozesses Tiefstack“ eine Umrüstung des Kraftwerks **von Kohleverbrennung auf Holzverbrennung** (alternativ Erdgas-Verbrennung) gewählt wurde. Der grüne Senator Kerstan (BUKEA) und der Geschäftsführer der Hamburger Energiewerke (HENW) Christian Heine stellten ihr [Ersatz-Konzept](#) („Energieparks Tiefstack“) am 17. Juni 2022 den Medien vor.



Schon am Tag davor wandte sich ein breites, international vernetztes Bündnis aus mehr als 30 Umwelt- und Klimaschutz-Organisationen mit einer [Gemeinsamen Stellungnahme](#) gegen das von der Hamburger Umweltbehörde geplante Verfeuern von Holz und/oder Erdgas als Ersatz für die Steinkohle im Heizkraftwerk Tiefstack.

Gemäß einer [Analyse des HET](#) würde im Heizkraftwerk Tiefstack durch die Verbrennung großer Holz mengen mindestens bis zum Jahr 2035 noch mehr CO₂ freigesetzt als durch die bisherige Verbrennung von Steinkohle. Denn bei der Verfeuerung von Holz anstelle von Steinkohle wird pro energetischer Nutzungseinheit sogar mehr CO₂ emittiert. Und der Umfang der vom Hamburger zentralen Fernwärme-Unternehmen HEnW versorgten Gebäude soll in diesem Zeitraum stark anwachsen. Einige zusätzliche Fernwärmebeiträge aus industrieller Abwärme und aus Müllverbrennung würden für das Wachstum verbraucht werden.

Im [Ersatzkonzept der Hamburger Energiewerke](#) wird die Planung von Flusswasser-Wärmepumpen, angetrieben mit erneuerbarem Strom, zur Ergänzung der Holzverbrennung in Tiefstack besonders hervorgehoben. Sie sollen die Holzverbrennung erheblich reduzieren, überwiegend aber erst nach 2035. Bisher gibt es für diese leistungsstarken Wärmepumpen jedoch weder einen Standort noch eine Absicherung der benötigten staatlichen Fördergelder.



Die Alternative **Erdgas** für die „Transformation Tiefstack“ würde über LNG-Terminals importiert werden. Dieses Gas schleppt einen riesigen Treibhausgas-Rucksack von Fracking-Methan bis hin zur gesamten Gefrier-Transportkette mit sich.

Vermeidung von besonders klimaschädlichen Substanzen

Entweichendes Methan

Methan (CH_4), der Hauptbestandteil von Erdgas und Biogas, steigt in der Atmosphäre wider Erwarten zunehmend an. Das ist bedrohlich, da Methan, bezogen auf 20 Jahre, beinahe hundertmal klimaschädlicher ist als Kohlenstoffdioxid (CO_2). Wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine soll in der EU verflüssigtes Erdgas (LNG), weitgehend aus klimaschädlicher Fracking-Förderung, eingesetzt werden. Der Bau und die Inbetriebnahme von stationären LNG-Terminals an Land muss daher verhindert werden. Ebenso ein schwimmendes LNG-Terminal in Hamburg.



Entweichender Wasserstoff

Seit einer Veröffentlichung vom April 2022, die im Auftrag der britischen Regierung durchgeführt wurde, ist klar, dass auch das Entweichen des Klima-Hoffnungsträgers Wasserstoff weit gründlicher als bisher unterbunden werden muss. Das gilt vor allem auch für Wasserstoff in zukünftigen von Gasnetz Hamburg betriebenen Netzen. Der Hamburger Senat hat bisher abgewinkt.

Vermeidung von Schwefelhexafluorid

Schwefelhexafluorid (SF₆) ist das stärkste bisher bekannte Treibhausgas. Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) hat für Schwefelhexafluorid ein Treibhauspotenzial von 23.500 angegeben. Eine Tonne freigesetztes SF₆ trägt ebenso viel zur globalen Erwärmung bei wie 23.500 Tonnen CO₂. Die atmosphärische Konzentration von SF₆, das hauptsächlich als Füllgas in Hoch- und Mittelspannungsschaltanlagen eingesetzt wird, steigt global stetig an. Eine [Kleine Anfrage](#) kennzeichnet die aktuelle Situation in Hamburg.

Insektizid Sulfurylfluorid

Durch eine [Senats-Anfrage](#) des Bürgerschaftsabgeordneten Stephan Jersch kam der sehr stark gestiegene Einsatz des extrem klimaschädlichen **Insektizids Sulfurylfluorid** (SO₂F₂, kurz SF) ans Licht, mit dem im **Hamburger Hafen** wie in anderen Häfen vor allem [Holzexporte begast werden](#), bevor dieser Stoff einfach freigesetzt wird. Bei einem Treibhauspotenzial 6.965 (Zeithorizont von 20 Jahren) entsprechen [203,65 Tonnen SF](#) im Jahr 2019 1,418 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Das ist mehr als der Ausstoß des Hamburger Steinkohle-Heizkraftwerks Tiefstack von 1,21 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr 2017. Bei den Berechnungen der Hamburger Umweltbehörde zum **Hamburger Klimaplan** blieb SF bisher völlig unberücksichtigt.

Trotz einer Serie von [weiteren Kleinen Anfragen](#) wird Sulfurylfluorid im Hamburger Hafen weiterhin eingesetzt. Eine Rückgewinnung, ein Ersatz oder ein Verbot sind noch nicht abzusehen.

Stand: 25. September 2022